

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Die unterstehende eingetragene Marke ist Eigentum der Redaktion. Nachdruck ist ohne Genehmigung der Redaktion verboten.

Verleger: Dr. Robert Wolff in Berlin, Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Einigungsverhandlungen im Elektrizitätsstreit.

Der Elektrizitätsstreit dauert heute noch an und hat noch tiefer als gestern in das ganze öffentliche Leben eingegriffen. Zu der Sitzung trat die Fernsprechnot. Die meisten Komitee sind im Interesse der Aufrechterhaltung des Betriebes angewiesen worden, nur militärische Dienstgrade zu vermitteln. Das Geschäftsbüro liegt infolgedessen vielfach brach. In den Vormittagstunden traten die Vertreter der streikenden Parteien vor dem Gewerbegericht zusammen. Der Schiedspruch des Gerichts ist erst in den Nachmittagstunden zu erwarten. Es sind aber während der Tagung des Gerichts Verhandlungsversuche zwischen den Parteien erfolgt; es ist daher immerhin möglich, daß in letzter Stunde noch eine Einigung ohne Schiedspruch zustande kommt.

Wie wir bei Schluß des Blattes erfahren, besteht die größte Aussicht, daß die Einigungsverhandlungen zu einem vollen Einvernehmen führen werden. In diesem Falle würde der Streik bereits heuteabend in ganzem Umfang wieder aufhören können. (Bergl. Seite 8.)

Veratungen im Kabinett.

Die „unerträglichen“ wirtschaftlichen Zustände.

An der gestrigen Kabinettsitzung haben, wie die A. N. R. bereits berichteten, sämtliche Staatssekretäre, verschiedene andere hohe Reichsbeamte, die Oberste Beamtenschaft, vertreten durch General Gossler, und die Reichsbank, vertreten durch Herrn v. Glosnapf, teilgenommen. Die Sitzung diente einer allgemeinen Besprechung der gesamten politischen und wirtschaftlichen Lage, mußte wegen Dichtschwierigkeiten aufgehoben werden und wird heute fortgesetzt. Es wurden insbesondere besprochen die Fragen, die zur Kompetenz des Reichsausschusses gehören, die Fragen der Finanzwirtschaft, des Verkehrs, der Rohstoffversorgung und der Arbeitslosigkeit, und eine recht radikale Forderung als Vorbedingung der wirtschaftlichen Aufrechterhaltung Deutschlands bezeichnet. In den Städten häufen sich die Arbeitslosen, während auf dem Lande und in den Bergwerken die Arbeitskräfte fehlen, und die Produktion durch Mangel an Arbeitskräften leidet. Dieser Zustand bedarf bringender Hilfe. Es ist zu erwarten, daß das Kabinett schon in der nächsten Zeit nach den Geboten der Notwendigkeit handeln wird.

Das Ergebnis der Wahlen.

Von [Nachdruck verboten]

Erlach Dombrowski.

Das Ergebnis der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung liegt jetzt ziemlich vollständig vor. Nur die beiden letzten linksdemokratischen Wahlkreise haben ihre Wahlsitzungen noch nicht abgeschlossen. Eine Uebersicht über die künftige Parteistellung im neuen Reichsparlament ist bereits, ungefahr wenigstens, möglich, und damit lassen sich auch die großen politischen Richtlinien der kommenden Zeit voraussagen.

In den fünfzig Jahren, die der alte Reichstag existierte, hat es nur selten einen solchen Schwenk gegeben. Ende der achtziger Jahre zerbrach Bismarck, zur antiliberalen Schulpolitik und Ausnahmegebung übergehend, die nationalliberale Vorkerrschafft, und 1887 schuf er zur Umkehr der Windthorst-Richter-Bebel-Mehrheit das konservativ-nationalliberale Kartell, das aber nur drei Jahre vorhielt. 1907 wurde nach der Auflösung des Reichstags die Sozialdemokratie völlig auf die Hauptgeschlagen und 1912 kam bei den Wahlen eine national-liberal-konservativ-sozialdemokratische Mehrheit gegenüber dem schwarzblauen Gebilde heraus. Zwischen diesen einzelnen Abschnitten verhielt sich die Parteipositionierung nur wenig. Mal errang die eine Partei ein paar Mandate mehr, mal die andere. Nur die Sozialdemokratie zeigte, bis auf die Unterbrechung von 1907, ein festes Anwachsen.

Man dürfte nun gespannt darauf sein, wie der katastrophale Kriegsausgang und die Revolution auf die politische Haltung der Massen eingewirkt hätten. Würden sie wie vorher, sich nur wenig von der großen Linie der früheren Wähleräußerungen entfernen, oder würde ein völliger Umschwung eintreten? Wie würde ferner, fragte man sich, die Wahlbeteiligung der Frauen und der Jugendlichen, die die bisherigen Wahlsitzungen um weit über das Doppelte vermehrten, wirken? Die Antwort auf alle diese Fragen liegt jetzt vor den Wählerstimmen der Parteien, die an dem Kriegsausgang die Schuld tragen, haben eine vollkommene Niederlage erlitten. Die Sozialdemokratie ist, sogar rapide weiter gewachsen. Nicht nur hat sie ziffernmäßig, die sämtlichen neu geschaffenen 24 Mandate erobert, sondern hat auch auf Kosten der Rechtsparteien und des Zentrums partei Fortschritte gemacht. Eine absolute Mehrheit oder hat sie, selbst mit den unabhängigen zusammen, nicht in der Nationalversammlung, erst durch das Hinzutreten der Deutschen Demokraten ist eine parlamentarische Mehrheit und damit die Grundlage für eine Kabinettsbildung geschaffen.

Die Demokraten haben, wie schon auf den ersten Blick erkennbar, einen großen Wahlsieg errungen. Die Fortschrittliche Volkspartei hatte im Reichstag 42 Sitze, dazu kamen noch die Mandate der linksnationalliberalen Gruppe, die sich jetzt der Demokratie angeschlossen hat. Wenn die Demokratie nunmehr es auf ungefahr 76 Mandate gebracht hat, so ist das, unter den gegenwärtigen Verhältnissen, ein außerordentlicher Erfolg. Die eigentliche nationalliberale Partei, die jetzt Deutsche Volkspartei firmiert, ist zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgedrückt. Der linke Flügel der alten Zentrumspartei hat dagegen bei den Wahlen recht erheblich abgenommen. Alle bekannten linksnationalliberalen Führer sind wiedergewählt worden; neue sind hinzugekommen. Mit der Demokratie werden häufig auch die vier bayerischen und der schleswig-holsteinische Bauernbündler zusammengehen. Die Demokraten werden dann mit etwa achtzig Mann im Parlament auftreten können.

Über alle Massen kläglich haben die Rechtsparteien abgekommen. Die Konservativen, die Reichspartei und die Antikommunisten, die im alten Reichstage zusammen über sechzig Mandate besaßen, haben es jetzt insgesamt auf nur etwa 36 gebracht. Alle diese Elemente, die wir in der Deutschen Nationalen Volkspartei vereinigt finden, sind vollständig ohnmächtig. Aus Oldenburg, ihrer früheren Hauptdomäne, haben sie nur einige Trümmer erhalten, und auch das nur, weil die alten Parteiführer, die Gettebrand, Wellpach, Oldenburg und Konsorten schon vorher von der politischen Bühne abgetreten waren. Die Bauern haben der Reaktion jeder Art den Rücken gekehrt und sich der Demokratie aller Schattierungen zugewandt. Dagegen ist das pietistisch-konservative Buppertal im Westen des Reichsparlamentes treu geblieben.

Das Zentrum kehrt ebenfalls mit klaffenden Wunden aus dem Wahlkampfe heim. Es hat ihm nichts genützt, daß es Adolf Hoffmanns kindisch-unüberlegte Erlasse zu Schlagworten für einen neuen Kulturkampf machte, daß es alle Konfessionen hat, sich unter seinen christlichen Banner zu scharen, die Arbeiter- und Bauernschaft hat ihm trotzdem teilweise den Rücken gekehrt. Im Bayern sind die Bauern in hellen Scharen zu dem demokratischen Bauernbund übergelaufen. Im Rheinland haben es die christlichen Arbeiter nicht viel anders getan, also vornehmlich in den Bezirken, wo die annerkennenden Zentrumskräfte, die Feudalen und die alldeutsch gerichteten Organe wie die „Rheinische Volkszeitung“ regierten. Der Zentrumskreis ist infolgedessen gefallt, als die Partei jetzt in seiner Weise mehr irgendwelchen aus sich laggebenden Einflüssen auf den Gang der Politik im Parlament oder Regierung ausüben vermag. Das Zen-

Der Wahlsieg der Demokratie.

Das Wahlergebnis.

Ohne die besetzten Gebiete: Koblenz - Trier, Pfalz, Elsaß-Lothringen.

Nunmehr stellt sich das Wahlergebnis wie folgt:

Wahlkreis	Demokraten	Rechtsparteien	Zentrum	Christliche Volkspartei	Antikommunisten	Antirepublikaner	Antikatholiken	Antisemiten	Antisozialisten	Antifeministen	Antiparlamentarier	Antirepublikaner	Antikatholiken	Antisemiten	Antisozialisten	Antifeministen	Antiparlamentarier
1. Ostpreußen	3	7	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
2. Westpreußen	3	5	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
3. Stadt Berlin	2	5	4	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
4. Potsdam - 1-9 (Yellow)	2	5	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
5. Potsdam - 10 (Red)	3	1	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
6. Frankfurt a. M.	3	4	1	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
7. Bonn	3	5	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
8. Köln	4	2	1	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
9. Breslau	4	2	1	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
10. Oberschlesien	1	6	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
11. Silesien	3	4	1	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
12. Magdeburg-Anhalt	3	7	1	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
13. Merseburg	3	5	1	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
14. Schleswig-Holstein	3	3	1	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
15. Ostpreußen	3	3	1	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
16. Hannover-Braunschweig	2	7	1	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
17. Münster-Minden	1	4	1	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
18. Harzberg-Wehl	1	7	1	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
19. Sassen	1	7	1	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
20. Köln-Rhein	1	3	1	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
21. Koblenz-Trier	1	3	2	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
22. Mitteldeutschland	1	3	2	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
23. Westfalen	1	3	2	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
24. Oberbayern u. Schwaben	1	6	1	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
25. Niederbayern u. Oberpf.	1	2	1	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
26. Franken	3	5	1	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
27. Bayer. Pfalz	2	7	1	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
28. Sachsen - 1-9	2	2	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
29. „ 10-14	3	8	1	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
30. „ 15-23	4	7	1	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
31. u. 32. Württemberg	3	5	1	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
33. Baden	3	5	1	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
34. Hessen	2	4	1	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
35. Mecklenburg-Vorpomm.	2	3	1	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
36. Thüringen	4	5	3	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
37. Hamburg-Bremen	3	6	1	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1

Insgesamt: 74 160 33 36 22 81 4 8

Es wurden also gewählt:

Demokraten	74
Rechtsparteien	160
Unabhängige Sozialdemokraten	23
Nationalistische Volkspartei	36
Christliche Volkspartei	22
Christliche Volkspartei (Zentrum)	81
Bayerischer Bauernbund	8
Alberer	3
Insgesamt	403

Die Gesamtziffer der Mandate beträgt (ohne Elsaß-Lothringen) 421, davon entfallen auf Koblenz-Trier 12 und auf die Pfalz 6.

Das Wolffsche Telegraphenbureau teilt nachmittags folgende, noch weitergehende Ziffern mit:

Nach nichtamtlichen Meldungen können bis 1 Uhr nachmittags als gewählt gelten: 415 Abgeordnete aus 36 Kreisen (Württemberg besteht aus zwei Kreisen) von insgesamt 421 Abgeordneten.

geordnete (ohne Elsaß-Lothringen), aus 37 Kreisen. Es fehlt das Ergebnis aus dem 27. Kreis Rheinpfalz. Es gehören Abgeordnete der Deutschen Nationalen Volkspartei 34 der Christlichen Volkspartei 86 der Deutschen Demokratischen Partei 22 der Sozialdemokratischen Partei 76 der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei 162 ferner sind 11 Fraktionslose gewählt, die sich zusammensetzen aus 4 Weibern (3 in Hannover und 1 in Stade), einem Bauern- und Landarbeiterdemokraten in Schleswig-Holstein, 4 bayerischen Bauernbündlern und 2 Vertretern des württembergischen Bauern- und Bürgerbundes.

Die Parteien und die preussische Landesversammlung.

Die Wahlvorschlage.

Die Parteien haben jetzt den Wahlkommissionen ihre Wahlvorschlage eingereicht. In Berlin (Wahlkreis 3) sind 7 Wahlvorschlage eingereicht und vom Wahlprüfungsausschuss zugelassen worden, und zwar für die Deutsche demokratische Partei die Liste Dr. Ernst Troeltsch, für die Deutsche Volkspartei die Liste Gernig, für die Deutsche nationale Volkspartei die Liste Dr. Kaufmann, für die Mehrheitssozialdemokraten die Liste Paul Ehrlich, für die Unabhängigen die Liste Adolf Hoffmann und für die Christliche Volkspartei die Liste Dr. Martin Faber, außerdem ist für die Nationaldemokraten die Liste Dr. Martin Schwahn zugelassen worden. Die Listen der Deutschen, der Deutschennationalen, der Christlichen Volkspartei und der Nationaldemokraten sind miteinander verbunden worden.

Im Wahlkreis 4 (Zellow-Besow-Oberlichtenburg) sind zugelassen worden: für die Deutsche demokratische Partei die Liste Otto, für die Mehrheitssozialdemokraten die Liste Conrad Haentelich, für die Unabhängigen die Liste Wisse, für die Christliche Volkspartei die Liste Gollmann, für die Deutsche nationale Volkspartei die Liste Rabide. Hier sind die Wahlvorschlage der Christlichen, der Deutschen und Deutschennationalen Volkspartei miteinander verbunden worden.

Im Wahlkreis 5 (Waldham 1-9) sind zugelassen worden: für die Deutsche demokratische Partei die Liste Staatsminister a. D. Robert Friedberg, für die Mehrheitssozialdemokraten die Liste Hue, für die Unabhängigen die Liste Klausner, für die Deutsche nationale Volkspartei die Liste Hammer, für die Deutsche Volkspartei die Liste Heilig und für die Christliche Volkspartei die Liste Gölle. Auch hier sind die Listen der Christlichen, der Deutschen und der Deutschennationalen Volkspartei miteinander verbunden worden.

Im 6. Wahlkreis (Frankfurt a. L.) sind zugelassen worden: für die Deutsche demokratische Partei die Liste Wolpert, für die Deutsche nationale Volkspartei die Liste Bronich, für die Deutsche demokratische Volkspartei (1) die Liste Freyschmidt, für die Unabhängigen die Liste Schröder, für die Mehrheitssozialdemokraten die Liste Faber, für die Deutsche Volkspartei die Liste Rütthausen, für die Christliche Volkspartei die Liste Schaffowitz. Ueber die Verbindung von Listen ist hier eine amtliche Bekanntmachung noch nicht erfolgt, doch ist anzunehmen, daß ebenso wie bei den Wahlen zur Nationalversammlung auch für die Wahlen zur Landesversammlung die bürgerlichen Parteien ihre Listen verbinden werden.